

VORBERICHT 2008

Zur Erstellung des Voranschlagsentwurfes:

Maßgebende gesetzliche Rahmenbedingungen für die Erstellung des Voranschlages 2008 (VA 08) stellen das erst kürzlich paktierte Finanzausgleichsgesetz 2008 und der aktuelle österreichische Stabilitätspakt 2008 dar. Die für die Städte befürchteten Verluste aus neuerlichen Umverteilungsmaßnahmen konnten weitgehend abgewehrt werden. Der Entfall des Hälfteanteiles des Konsolidierungsbeitrages führt zu Mehreinnahmen der Kommunen, die durch noch nicht konkret bezifferbare Belastungen aus den Art. 15a-Vereinbarungen im Rahmen der bedarfsorientierten Mindestsicherung, der Pflege und der Kinderbetreuung kompensiert werden dürften. Darüber hinaus finden aufkommensneutrale Umschichtungen im Bereich der Umwandlung der Finanzzuweisungen gem. § 23 FAG in Ertragsanteile sowie im Zuge des Entfalls der Selbstträgerschaft statt. Erstere wurden bei der Erstellung des VA 08 berücksichtigt; die Umverteilungsmaßnahmen im Zuge des Entfalls der Selbstträgerschaft (an Stelle der Auszahlung von Familienbeihilfe werden höhere Dienstgeberbeiträge fällig, die Mehrausgaben werden durch höhere Ertragsanteile abgegolten), die ab 1. Juni 2008 zur Umsetzung gelangen, sind im Detail noch nicht bekannt und werden im haushalterischen Vollzug geregelt. Eine marginale Entlastung beim Krankenanstaltensprengelbeitrag wird sich durch den zusätzlichen Bundesbeitrag von 100 Mio. € für die Gesundheitsfinanzierung ergeben.

Der städtische Haushalt wird durch die jährlich anfallenden Transferleistungen an das Land Oberösterreich überproportional gefordert. Zum VA 08 fließt nahezu jeder zweite aus Ertragsanteilen vereinnahmte Euro in Form von Sozialtransferleistungen, Landesumlage, Krankenanstaltenbeitrag sowie Gastschul- und Schulerhaltungsbeiträgen wieder retour an das Land Oberösterreich. Ab 2008 werden im Rahmen integrativer Maßnahmen zusätzlich Leistungen des Kinderbetreuungsgesetzes (KGB) und des Pflichtschulorganisationsgesetzes (POG) – insbesondere ungedeckte Kosten für Stützkräfte, die bislang noch nicht verrechnet wurden – nunmehr via Sozialtransfers auf die Kommunen umgelegt.

Die extern vorgegebenen und intern angestrebten finanzpolitischen Zielsetzungen für den VA 08 sind ambitioniert gehalten und weisen mit 7,1 Mio. € ein eindeutig positives Ergebnis der laufenden Gebarung, mit 60,6 Mio. € ein Investitionsvolumen über dem hohen Niveau der Vorjahre sowie einen deutlichen Maastricht-Überschuss in Höhe von 15,2 Mio. € aus. Die Stadt Linz übererfüllt somit die Vorgaben des österreichischen Stabilitätspaktes 2008, der für die oberösterreichischen Kommunen gesamthaft ein ausgeglichenes Ergebnis vorsieht.

Die Erstellung des Voranschlages für das Rechnungsjahr 2008 erfolgte nach dem im Statut für die Landeshauptstadt Linz und in der Haushaltsordnung vorgesehenen Verfahren unter Berücksichtigung der Vorgaben der VRV.

Die städtischen Dienststellen haben unter Zugrundelegung der von der FVV erarbeiteten Vorgabewerte ihre Vorschläge bis zum Ende der Mittelanmeldung per 14.9.2007 vorgelegt.

Die gemäß § 18 (2) und § 18 (3) der Haushaltsordnung durchgeführten Absprachen unter Einbeziehung der politischen Referenten brachte folgendes Ergebnis:

	laufende Gebarung	Vermögensgebarung	Finanztransaktionen
Einnahmen	465.757.000,--	64.592.400,--	95.582.200,--
Ausgaben	458.661.200,--	60.601.400,--	106.669.000,--
Überschuss	7.095.800,--	3.991.000,--	
Abgang			11.086.800,--

Zur Deckung des Zuschussbedarfes wurden 31,4 Mio. € Darlehensaufnahmen (Seite V - 18) veranschlagt. Nach Abzug der Rückzahlungen in Höhe von 15,1 Mio. € ergibt sich eine Erhöhung der Nettodarlehensaufnahme von 16,3 Mio. €.

Das so erzielte Ergebnis wurde von der Stadtkämmerei im vorliegenden Voranschlag zusammengefasst und wird dem Gemeinderat im Wege des Stadtsenates unter Beiziehung des Finanz-, Bildungs- und Bauausschusses mit dem Antrag auf Genehmigung vorgelegt.

Zur Budgetlage:

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das WIFO geht in seiner Herbst-Prognose von einem Wirtschaftswachstum von 3,4% für 2007 bzw. 2,4% für 2008 (jeweils BIP real) aus. Die österreichische Wirtschaft profitiert in erster Linie von der ausgezeichneten Exportkonjunktur. Hohe Gewinne, intensive Kapazitätsauslastungen und die allgemein zuversichtliche Stimmung unter den Unternehmen schlagen sich in einer deutlich höheren Investitionstätigkeit nieder. Dies wirkt wiederum positiv auf die Beschäftigungslage und die Staatseinnahmen. Die Konjunktur überträgt sich allerdings nicht auf die Konsumnachfrage der privaten Haushalte.

Bei Berücksichtigung der internationalen Rahmenbedingungen steht die Abschwächung der Konjunktur in den USA, begleitet von einer Hypothekenkrise und Insolvenzproblemen mehrerer Banken der weiterhin sehr robusten Expansion in Asien (allen voran China) gegenüber. Generell wird – insbesondere für den EU-Raum - kein Übergang in eine Hochkonjunkturphase erwartet, da in Europa zahlreiche Banken von der Krise der Hypothekenfinanzierung in den USA direkt betroffen sind, der Dollar unter merklichem Abwertungsdruck gegenüber dem Euro steht und auf Grund der Schwäche der Konsumnachfrage es der Konjunktur an der nötigen Breite fehlt. Deshalb geht das WIFO schlussendlich von einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums für 2008 aus.

Die Konsumschwäche in Österreich (2007 real +1,9%, somit unter dem langfristigen Durchschnitt) liegt in einer doch verhaltenen Entwicklung der Einkommen begründet. Obwohl das Volkseinkommen rasch wächst, nehmen die Pro-Kopf-Einkommen der Beschäftigten 2007 nur um 2,6% zu. Unter Berücksichtigung von Steuern und Inflation ist eine Stagnation gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Auch für 2008 wird keine deutliche Verbesserung erwartet.

Das hohe Wirtschaftswachstum löst 2007 eine starke Steigerung der Zahl der Beschäftigten aus (+60.000). Der Rückgang der Zahl der Arbeitslosen mit 15.000 ist vergleichsweise gering. Vor allem für Langzeitarbeitslose aber auch für Arbeit suchende Jugendliche hat sich die Arbeitsmarktlage nur wenig verbessert. 2008 wird kein weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit prognostiziert.

Die Inflationsrate liegt angesichts der markanten Rohölverteuerung und der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes in Deutschland (+0,3%) sowie der guten Konjunkturlage bei überraschend niedrigen 2%. Dies ist vor allem auf die niedrigen Lohnstückkosten zurückzuführen. Auch für 2008 wird die Inflationsrate in etwa auf diesem Niveau gesehen.

Hohe Zuwächse der Staatseinnahmen aus der Körperschaftsteuer und der Lohnsteuer werden den Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte weiter verbessern, er könnte nur noch -0,4% des BIP betragen. Ein weiterer Rückgang im kommenden Jahr scheint wenig wahrscheinlich.